economiesuisse

Personenfreizügigkeit: Positive Seiten überwiegen deutlich

Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU sorgt für eine massgeschneiderte Zuwanderung in die Schweiz. Wie die Ergebnisse des neunten Observatoriumsberichts in aller Klarheit zeigen, stärkt die Migration den Wirtschaftsstandort und die Sozialwerke der Schweiz. Auch die Tatsache, dass 2012 weniger Deutsche, dafür mehr Süd- und Osteuropäer eingewandert sind, hat an diesem positiven Fazit nichts geändert.

Die Personenfreizügigkeit mit den EU- und EFTA-Staaten ist für die Schweiz eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte. Zu diesem Befund kommt der heute in Bern präsentierte Observatoriumsbericht, der die Auswirkungen des Abkommens jährlich untersucht. Der erleichterte Zugang zu qualifizierten Fachkräften aus den europäischen Staaten hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Schweiz auf Jahre des wirtschaftlichen Wachstums mit tiefer Arbeitslosigkeit zurückblicken kann.

2012 sind 73'000 Ausländerinnen und Ausländer mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. Anstatt wie in den Jahren zuvor hauptsächlich aus Deutschland, kamen sie neu vor allem aus den süd- und osteuropäischen Ländern. Interessanterweise hat dies jedoch keinen markanten Einfluss auf die Qualifikationen oder die unter den Einwanderern vertretenen Berufsgruppen.

Stabile Lohnstrukturen und Stärkung der Sozialwerke

Auf das oft heraufbeschworene Lohndumping lassen sich kaum Hinweise finden. Im Gegenteil: «Die flankierenden Massnahmen haben sich bewährt», stellte

SECO-Direktorin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch heute unmissverständlich fest. Auch von einer generellen Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte durch Zugewanderte kann keine Rede sein, wie eine neue Studie der Universitäten Lausanne und Zürich belegt. Schwache negative Effekte sind nur bei hoch qualifizierten Arbeitnehmenden auszumachen.

Die häufig zu hörende Befürchtung, viele Zuwanderer aus der EU kämen vor allem wegen des grosszügigen Sozialsystems in die Schweiz, findet im aktuellen Bericht ebenfalls keine Bestätigung. Im Gegenteil: Der Anteil der Finanzierung durch EU- und EFTA-Staatsangehörige steigt seit Jahren an. Aktuell tragen sie zu 22 Prozent zur Finanzierung der 1. Säule bei, beziehen jedoch lediglich 15 Prozent der Leistungen.

Viele Branchen sind auf Zuwanderung angewiesen

Angesichts dieser Faktenlage ist für economiesuisse klar, dass das Erfolgsmodell Personenfreizügigkeit unbedingt verteidigt werden muss. Für mit der Zuwanderung verbundene Themen wie Wohnungsknappheit, Raumplanung und Verkehrsentwicklung werden derzeit neue Lösungen politisch vorangetrieben. Diese breite Debatte über Wege, wie die Schweiz wirtschaftliches Wachstum und eine hohe Lebensqualität nachhaltig sichern kann, wird seitens economiesuisse sehr begrüsst. Radikale Vorstösse wie die «Masseneinwanderungs-Initiative» der SVP sind hingegen ungeeignet, die zukünftigen Herausforderungen zu meistern.

Link zum Observatoriumsbericht